



DIE GRÜNEN IM RAT
GRÜN-OFFENE LISTE IN OBERHAUSEN

G r ü n e

GRÜNE Ratsfraktion Oberhausen * Elsässer Str. 19 * 46045 Oberhausen

Fraktionsgeschäftsstelle

Armin Röpell

Fraktionsgeschäftsführer

Elsässer Str. 19

46045 Oberhausen

Telefon: 0208 - 82 02 96

Durchwahl: 0208 - 82 02 970

Telefax: 0208 - 82 02 980

fraktion@gruene-oberhausen.de

www.gruene-ratsfraktion-oberhausen.de

Stadtsparkasse Oberhausen

Konto-Nr.: 182 873

Bankleitzahl: 365 500 00

5 Min. vom HBF

Nähe Friedensplatz

19.12.2007

P R E S S E M I T T E I L U N G

Grüne Ratsfraktion: Mobilität für alle - Sozialticket für finanziell schlecht gestellte BürgerInnen für Bus und Bahn

Die Grünen im Rat-Grün-offene Liste fordern nach Dortmunder Vorbild für InhaberInnen des „Oberhausen-Pass“ Vergünstigungen bei der Nutzung von Bussen und Bahnen. Dagmar Vogel, Ratsfrau und sozialpolitische Sprecherin ihrer Fraktion macht hierfür – im Falle von ALG II Empfänger/innen - die erhebliche Differenz zwischen der vom Gesetzgeber zugestandenen 14,11 € monatlich für die eigene Mobilität und den tatsächlichen Preisen für den ÖPNV geltend. Dies reiche gerade mal für zwei 4er-Tickets der Preisstufe A für Erwachsene.

Darüber hinausgehende Kosten führen bei den Betroffenen notgedrungen entweder zur Fortdauer der massiven Einschränkung von Mobilität und damit sozialer Teilnahme oder müssen bei anderen Teilbeträgen des Regelsatzes abgeknapst werden – die Erfahrungen zeigen: überwiegend bei gesunder Ernährung.

„Wir schlagen vor, die Einführung eines verbilligten Ticket für 15 € zur Nutzung von Bahnen und Bussen im Oberhausener Stadtgebiet zu prüfen. Wie in den Dortmunder Stadtwerken mit Stimmen der SPD, der Grünen und der ArbeitnehmerInnenvertreter bereits geschehen, sollte der STOAG-Aufsichtsrat und die dort vertretenden SPD- und CDU-VertreterInnen einen entsprechenden Grundsatzbeschluss fassen, um den STOAG-Vorstand im Verlauf des ersten Halbjahres 2008 zu einer ernsthaften Prüfung aufzufordern. Auf der Grundlage der Alternativen sollten dann Kostenregelungen und Umsetzungsfragen diskutiert werden. Hieran könnte sich eine zweijährige Erprobungsphase anschließen.“

Aus Sicht der grünen Ratsfrau halten sich die Kosten in Grenzen. „Ich gehe davon aus, dass lediglich 1/6 aller potenziell Berechtigten sich das Sozialticket zulegen werden. Dies entspricht ungefähr den Erfahrungswerten in anderen Städten.“ Die Differenz zwischen Normal- und Billigticket sollte die STOAG auffangen.

Dagmar Vogel steht mit diesem Vorstoss nicht allein. „Auch wenn das Thema in Oberhausen noch nicht diskutiert wurde, so stehen Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften sicher hinter diesem Vorschlag. Es besteht Einigkeit, dass die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltungskosten vor allem diejenigen trifft, die am Existenzminimum leben.“

Für Dagmar Vogel stünde aber auch mit der Einführung eines Sozialtickets fest, dass es nicht die originäre Aufgabe der Stadt sein könne, ständig sozialpolitisch nachzubessern, ohne die sozialpolitischen Strukturen im Hilfesystem zu überprüfen. Ziel müsse es deshalb sein, staatliche Sozialleistungen so auszustatten, dass mit ihnen ein armutsverhinderndes Leben ohne weitere Subventionen möglich sei.